

Es lebe die Freiheit! : Betrachtungen zur weltpolitischen Lage der Gegenwart

Autor(en): **Meyer, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROBERT MEYER

Es lebe die Freiheit!

Betrachtungen zur weltpolitischen Lage der Gegenwart

Der Ostblock ist perfekt, der Westblock im Werden — und beide stehen sich feindselig gegenüber. Beider Schlachtruf aber ist: Es lebe die Freiheit. Die Freiheit, die Befreiung von Zwang, Not und Furcht ist in der Tat die alte, nie gestillte Sehnsucht und Hoffnung der Menschheit. Wer sie verheißt, kann auf Gehör und Gefolgschaft rechnen.

Wenn sie auch beide «Freiheit» sagen, so meinen sie doch offensichtlich nicht das gleiche. Die Freiheit des Westens beschränkt sich auf die traditionelle politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Die Freiheit des Ostens hingegen, so wie die Sowjetunion sie versteht, erschöpft sich in der Befreiung von der wirtschaftlichen Tyrannei des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Wer daher nach der *ganzen* Freiheit strebt, nach der Befreiung von politischen *und* wirtschaftlichen Zwingherren, der befände sich, vor die Wahl gestellt, in einem unlösbaren Zwiespalt: Entschiede er sich für den Osten, so nähme er den Verlust der individuellen Freiheitsrechte in Kauf; votierte er aber für den Westen, so würde er sich mit der wirtschaftlichen Unfreiheit abfinden.

So jedenfalls würde das Problem sich stellen, wenn es vorbehaltlos richtig wäre, daß im Westen die Menschenrechte gewahrt und im Osten die wirtschaftliche Befreiung erreicht sei, und wenn wir zudem davon ausgehen müßten, die Welt sei statisch und keiner Entwicklung fähig. Beides aber trifft nicht zu: Einmal sind mit Bezug auf den bestehenden Zustand Vorbehalte anzubringen, und sodann steht die Welt nicht still. Das gilt für den Osten

so gut wie für den Westen. Die entscheidende Frage ist deshalb die, welches der mögliche und wahrscheinliche Entwicklungsverlauf der beiden Systeme sein wird.

Die liberale Gesellschaftsordnung proklamierte das Volk zum Souverän und übertrug ihm durch das allgemeine Stimmrecht alle Macht im Staate. Gleichzeitig schützte sie das Volk vor sich selbst, indem sie jedem Bürger eine von staatlicher Einmischung freie Sphäre, die individuellen Freiheitsrechte, garantierte. Damit glaubte der Liberalismus, sowohl die Demokratie, die Volksherrschaft, als auch die Freiheit der Person sicherzustellen¹. Indem aber der politisch liberale Staat auch die Wirtschaft in die staatsgewaltfreie Sphäre einschloß und diese sich kapitalistisch organisierte, konnte er tatsächlich weder die Herrschaft des Volkes noch die individuelle Freiheit der Bürger gewährleisten. Die Herrschaft im Staate beruht auf der Gesamtheit des Volkes — fordert die Demokratie; die Volkswirtschaft aber, die über Wohlstand, Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit oder Untertänigkeit des Bürgers entscheidet und damit zu den Fundamenten jeglichen gesellschaftlichen Lebens gehört, bleibt dem Mitspracherecht und damit der Herrschaft des Volkes entzogen und dem freien Spiel der Kräfte, das heißt tatsächlich der Herrschaft weniger überlassen. Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich, es gibt keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte der Person — verkündet der Liberalismus; er läßt es aber zu, daß die Produktionsmittel in den Besitz weniger übergehen und daß diese sie dazu ausnützen, sich die Arbeitskraft der Mehrheit untertan zu machen. Der Staat hat den Zweck, die Freiheit der Bürger zu schützen und ihre gemeinsame Wohlfahrt zu fördern — erklärt die liberale Demokratie; sie gestattet es aber, daß das Mittel zur Förderung der Wohlfahrt, die Wirtschaft, ihrer Macht entzogen bleibt und von denjenigen, deren Macht sie tatsächlich unterworfen ist, nicht zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt und zum Schutze der Freiheit aller verwendet wird, sondern zu eigennützigen Zwecken und mit der sich für die Mehrheit daraus ergebenden Folge der wirtschaftlichen Abhängigkeit und damit der Unfrei-

¹ Der Sinn der individuellen Freiheitsrechte liegt nicht nur darin, die private Freiheitssphäre des Einzelnen vor der Omnipotenz der Volksmehrheit zu schützen. Die Freiheitsrechte sind vielmehr auch ein unentbehrliches *Korrelat* der politischen Demokratie. Sie kommen dem Bürger nicht nur zugute, soweit er «Untertan», das heißt *Objekt* der Staatsgewalt ist, sondern sie haben ihm vor allem jene Unabhängigkeit des Geisteslebens und der Urteilsbildung zu gewähren, deren er als *Subjekt* der Staatsgewalt, das heißt als Mitglied des souveränen Volkes bedarf. Nimmt man aus einer Demokratie die individuellen Freiheitsrechte heraus, so kann sich der Bürger vor einer Wahl oder Abstimmung nicht frei informieren, und er kann seinen politischen Entschluß nicht in voller Unabhängigkeit fassen; er steht, wenn er sich zur Urne begibt, unter Einschränkungen oder gar unter Druck, so daß er aufhört, Träger eines souveränen Volkswillens zu sein.

V. G.

heit überhaupt. Der politische Liberalismus im Bunde mit dem Kapitalismus *kann* somit schlechterdings die sich selbst gestellte Aufgabe — Herrschaft des Volkes, Freiheit der Bürger und ihre gemeinsame Wohlfahrt — nicht lösen.

Warum wirft er dann den Kapitalismus nicht über Bord, sichert dem Volk nicht das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft und sieht nicht zu, daß diese zur Dienerin des Volkes werde? Weil die kapitalistische Wirtschaft nicht den gleichen «Fehler» gemacht hat wie ihr Partner, der liberale Staat. Der Staat hat es unterlassen, Einfluß auf die Wirtschaft zu nehmen, diese aber hat es nicht versäumt, sich im Staat ihren Einfluß zu sichern und ihn in dem Sinne auszuüben, daß die Wirtschaft weiterhin von staatlicher Einmischung befreit bleibt. Mit viel Geld und Geschick hat sie sich die Spielregeln der politischen Demokratie zunutze gemacht, deren wichtigste die ist, daß die absolute Mehrheit herrscht. Die Freiheit der Diskussion, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Parteibildung hat sie voll und mit Erfolg ausgeschöpft, um im Volk und — durch ihr weltanschaulich und materiell nahestehende Vertreter — in Parlament und Regierung die absolute Mehrheit zu erlangen und zu bewahren. Statt daß sich also die Gemeinschaft, der Staat, der Wirtschaft bemächtigt hätte, hat sich diese des Staates bemächtigt. Solange sie die absolute Mehrheit besitzt, ist nicht anzunehmen, daß sie sich selbst entthront und der Gemeinschaft die Wirtschaft zu Füßen legt. Der Weg der Befreiung von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führt also nach den Spielregeln der Demokratie über die *Erringung der absoluten Mehrheit* durch diejenigen, die der Meinung sind, die Wirtschaft sei Sache des Volkes und nicht das Volk Sache der Wirtschaft. Und dieser Meinung ist der Sozialismus.

Notwendig ist die absolute Mehrheit im Volk und in der gesetzgebenden Körperschaft, nicht entscheidend dagegen eine sozialistische Regierungsbeteiligung oder sogar eine mehrheitlich oder ganz aus Sozialisten gebildete Regierung ohne absolute Mehrheit in Volk und Parlament. Eine derartige Regierungsbeteiligung oder Regierungsbildung *kann* ein taugliches Mittel sein zur Eroberung der Mehrheit im Volk, ersetzt sie aber nicht und bedeutet keineswegs Verwirklichung des Sozialismus. Denn ebensowenig wie ein Infanterieregiment dadurch zur Artillerieeinheit wird, daß man ihm einen Artillerieobersten zum Kommandanten bestellt, ebensowenig wird ein kapitalistisch aufgebauter Staat durch eine aus Sozialisten gebildete Regierung zum sozialistischen Gemeinwesen. Diese Binsenwahrheit festzuhalten ist deshalb nicht ganz überflüssig, weil die Gegner des Sozialismus mit Vorliebe auf Länder mit sozialdemokratischer Regierung hinweisen, in denen die Verhältnisse auch nicht grundlegend besser seien, womit der Beweis für das Versagen des Sozialismus erbracht sei.

In den politischen Demokratien *Westeuropas* kann und wird diese Mehrheit entstehen, und sie wird auf demokratischem Wege, das heißt durch Überzeugung und unter Respektierung der Menschenrechte, erstehen. Der Kapitalismus selbst ist es, der — durch sein Versagen — mithilft, ihr den Weg zu bereiten. Denn versagt *hat* er. Daß er nicht imstande ist, Elend, Furcht, Unsicherheit, Unfreiheit und Gewalttätigkeit aus der menschlichen Gemeinschaft zu bannen, ist der Menschheit eine durch Ströme von Blut erkaufte Erfahrung. Er ist aber auch nicht fähig, auf die Dauer und für die Dauer sein eigenes egoistisches — und übrigens einziges — Ziel, den Profit, aus eigener Kraft zu erreichen. In dem für das reibungslose Funktionieren des Kapitalismus zu eng gewordenen Raum *Westeuropas* offenbarte sich diese Wahrheit zuerst und am augenfälligsten. Einem Naturereignis gleich folgten sich die Krisen in immer mehr beschleunigtem Rhythmus, so daß der Kapitalismus gezwungen war, sich, Schutz suchend, an den Staat zu wenden. Wohl oder übel mußte er diesem die dazu notwendigen Befugnisse einräumen und damit das tun, was seinem innersten Wesen am meisten widerspricht: seine Macht auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Staate teilen. Es ist dies ein Zeichen und Eingeständnis seiner Schwäche, aber nicht mehr. Man bewahre sich und andere insbesondere vor dem Irrtum, diese Ausdehnung staatlicher Macht auf wirtschaftliches Gebiet an sich habe auch nur das geringste mit Sozialismus oder mit dem Beginn seiner Verwirklichung zu tun. Denn diese staatliche Interventionstätigkeit wird ausgeübt von einem Staat, der politisch immer noch vom Kapitalismus beherrscht wird und mit dem einzigen Ziel, durch staatliche Hilfe das leck gewordene Schiff des Kapitalismus über Wasser zu halten und wieder flott zu machen. Ist der Sturm überstanden und hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, so geht die kapitalistische Mehrheit daran, die Wirtschaft von der lästigen «staatlichen Bevormundung» zu «befreien» und dem Staate die für die Notzeit eingeräumten Befugnisse schleunigst wieder zu entziehen. Daß ihr das, bei Vorhandensein einer erheblichen sozialistischen Minderheit, nicht vollständig gelingt und jeweils einige soziale Reformen zurückbleiben, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Interventionstätigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet weder in sozialistischem Sinne erfolgt, noch erfolgen kann. Der Irrtum, diese staatliche Einmischung in die Wirtschaft *sei* Sozialismus, wird vom Kapitalismus absichtlich genährt und unterhalten, der damit einen doppelten Zweck verfolgt. Einmal versucht er damit die Tatsache zu vertuschen, daß er und seine bescheidenerweise für ihn allein gepachtete Privatinitiative versagt haben und auf Hilfe durch das Kollektiv angewiesen sind. Sodann nimmt er die Gelegenheit wahr, die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates an sich zu diskre-

ditieren. Er nützt dabei den Umstand aus, daß diese Einmischung immer mit Zeiten der Depression und der Not zusammenfällt — weil sie dem Staat vom Kapitalismus nur in solchen Zeiten zugestanden wird. Er macht sich die Tatsache zunutze, daß sich diese staatliche Tätigkeit deshalb naturgemäß auf die schwierige und gefährliche Aufgabe beschränken muß, die Ausbreitung des Feuers zu verhindern — weil mehr zu tun dem Staat vom Kapitalismus nicht erlaubt wird. Und er verschweigt dabei, daß er das Feuer gelegt hat und die bei den Löscharbeiten entstehenden Wasserschäden deshalb von ihm verursacht und verschuldet sind. Dem Staat wird somit eine Aufgabe aufgebürdet, die nicht nur schwierig und mit Kosten verbunden ist, sondern deren Ausführung von den unschuldigen Mitbewohnern des brennenden Hauses das Hinnehmen von Zwangsmaßnahmen und Opfern erfordert. Gelingt die Täuschung, diese wenig beliebte und nicht dem Aufbau dienende Tätigkeit des Staates als Sozialismus hinzustellen, so hat der Kapitalismus wieder eine Runde gewonnen und seine Niederlage verzögert.

Trotz solchen Manövern wird der Kapitalismus nicht verhindern können, daß der Menschheit sein Versagen bewußt wird. Zur Erringung der absoluten Mehrheit durch den Sozialismus ist darüber hinaus aber noch notwendig, das Volk davon zu überzeugen, daß er die menschlichen Beziehungen besser und gerechter als der Kapitalismus ordnen wird, und daß er allein es ist, der endlich die *ganze Freiheit für alle* und die Achtung der Menschenrechte aller bringen kann.

In *England* hat sich diese Überzeugung durchgesetzt, und die absolute Mehrheit ist gewonnen. Zum ersten Male in der Geschichte kann eine sozialistische Regierung, gedeckt und unterstützt durch eine auf demokratische Art und Weise gewählte absolute sozialistische Parlamentsmehrheit, daran gehen, den liberal-kapitalistischen in einen liberal-sozialistischen Staat umzubauen. Dieser im Nachkriegsengland unter ungeheuren äußeren Schwierigkeiten und Widerständen unternommene Versuch wird — nicht nur für England — außerordentlich folgenreich sein. Gelingt er, so ist der Beweis erbracht, daß in Westeuropa der Sozialismus auf demokratischem Wege, gewaltlos und unter Respektierung der Menschenrechte, verwirklicht werden kann. Diesem Eindruck werden sich auch die übrigen Völker nicht entziehen können und nicht entziehen wollen. Mit angehaltenem Atem verfolgen deshalb alle, die den Vormarsch der Freiheit ersehnen — und diejenigen, die ihn befürchten —, die Anstrengungen des Labourregimes und des englischen Volkes. Man könnte sich nur wünschen und vorstellen, daß uns diese Vorgänge auch hierzulande durch unsere aufgeschlossene Presse nähergebracht

würden, damit wir jenen Kampf inniger miterleben und daraus neue Kraft und Anregung für unseren eigenen Kampf schöpfen könnten.

Gefahr droht dem Fortschritt des westeuropäischen Sozialismus und damit der Freiheit aus *Amerika*. Dort erhebt der Kapitalismus, gestärkt durch einen Krieg, den andere bis zur völligen Erschöpfung erlitten und den er gewonnen hat, mächtig sein Haupt. Kraftstrotzend, im Besitze unermeßlicher, nicht ausgeschöpfter Bodenschätze und des größten unversehrten Produktionsapparates, den die Welt je gesehen, kennt er die Sorgen seines europäischen Bruders noch nicht. Eben ist er dabei, sich die Absatzgebiete für seine Erzeugnisse zu reservieren, von der wirtschaftlichen Schwäche und dem Warenhunger der durch nazistischen Raubbau und Krieg ausgeplünderten und zerstörten Länder Europas und Asiens kräftig profitierend. Da insbesondere Westeuropa zu seiner Genesung auf amerikanische Hilfe angewiesen ist, gerät der amerikanische Kapitalismus in große Versuchung, in Ausnutzung dieser Notlage seine Hilfe nicht nur von wirtschaftlichen Gegenleistungen abhängig zu machen, sondern sie auch mit politischen Bedingungen zu verknüpfen, die das Ziel und den Erfolg haben, die aufstrebenden, dem Kapitalismus feindlichen Kräfte zu vernichten oder jedenfalls zu schwächen. Daß solche Bestrebungen vom europäischen Kapital ermuntert und unterstützt werden, beweist der tägliche Blick in seine Zeitungen.

Falsch wäre es aber, solche Absichten *ganz* Nordamerika zu unterstellen und zu übersehen, daß auch in den USA selbst Gegenkräfte vorhanden sind, die zurzeit allerdings nicht den großen Ton angeben, vom Kapitalismus aber bereits nach althergebrachter, echt «demokratischer» Manier des «Kommunismus» geziehen werden. Falsch wäre es auch, anzunehmen, Westeuropa sei derartigen amerikanischen Bestrebungen hilf- und schutzlos ausgeliefert. Denn, so grotesk es klingen mag, in seiner momentanen Schwäche liegt zugleich auch seine Stärke gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus. Westeuropa ist nicht nur auf die USA, sondern diese, und insbesondere der amerikanische Kapitalismus, sind auch auf Westeuropa angewiesen.

Der große und immer weiter sich vergrößernde amerikanische Produktionsapparat, in welchem riesige Kapitalien investiert sind, *muß* laufen, die von ihm produzierten Güter müssen verkauft und gekauft werden, soll er rentieren und sollen Massenarbeitslosigkeit und allgemeine Krise vermieden werden. Dazu bedarf es aber der Konsumenten und der zahlungskräftigen Käufer. Der inneramerikanische Markt wird nicht ausreichen, um alle hergestellten Waren zu profitsichernden Preisen aufzunehmen. Als wesentlicher Abnehmer fällt daher Westeuropa ins Gewicht. Dieses aber ist nicht zahlungsfähig, es sei denn, es werde durch amerikanische Hilfe zahlungsfähig ge-

macht. Amerika ist deshalb *gezwungen* zu helfen, wenn es seiner kapitalistischen Wirtschaft das westeuropäische Absatzgebiet zu rentierenden Bedingungen erschließen und ihr Schwierigkeiten und Krisen ersparen will.

Not und Elend könnten Westeuropa aber auch dazu zwingen, die schlechterdings lebensnotwendige Hilfe bei der Sowjetunion zu suchen, wenn sie ihm von Amerika versagt würde. Das hätte eine Vergrößerung des kommunistischen Einflusses und eine erhebliche Stärkung der Sowjetunion zur Folge, wovon sich der amerikanische Kapitalismus noch mehr und unmittelbarer als von einem sozialistisch beeinflussten Westeuropa bedroht und behindert fühlen müßte. Hilfe an Westeuropa ist ihm deshalb notwendige Selbsthilfe, sogar unter Inkaufnahme eines sozialistischen Westeuropas.

Der Marshall-Plan deutet darauf hin, daß man sich in etwas weitsichtigeren kapitalistischen Kreisen Amerikas dieser Zwangslage bewußt ist. Westeuropa erwächst daraus die Möglichkeit und Kraft, sich politischer Bindungen zu erwehren. Und damit ist auch dem westeuropäischen Sozialismus die Chance gewahrt, seinen Vormarsch fortzusetzen. Gewiß versucht der europäische Kapitalismus, in Kollaboration mit seinem amerikanischen Kollegen, aus der Situation Nutzen zu ziehen und seinen Einfluß wieder zu stärken. Die daraus entstehenden Schwierigkeiten können aber gemeistert werden, wenn auch der Sozialismus die Zwangslage seines Gegners erkennt und entsprechend handelt. Enge Zusammenarbeit, geschlossenes Handeln der Sozialisten Westeuropas ist dabei nicht nur nützlich, sondern unerläßlich, wenn sie nicht riskieren wollen, in ihren Heimatländern getrennt geschlagen zu werden.

In Amerika selbst wird der Kapitalismus, wenn er die Möglichkeit behält, seinen Gesetzen entsprechend zu schalten und zu walten, seiner ihm innewohnenden Zwangsläufigkeit, wie sie sich in Europa offenbart hat, nicht entinnen. Darüber kann seine heutige Blüte nicht hinwegtäuschen. Planlose Produktion bedeutet Überproduktion. Auch der Marshall-Plan und andere Aktionen zur Erzeugung kaufkräftiger Absatzgebiete werden diese Entwicklung höchstens verzögern, nicht aber verhindern. Denn indem Amerika andern hilft, setzt es sie gleichzeitig in die Lage, selbst zu produzieren und, in Konkurrenz mit Amerika, die Warenmenge zu vergrößern. Warenüberschuß aber bedeutet erbitterten Kampf um Absatzmärkte im In- und Ausland. Innenpolitisch führt er zu Krisenerscheinungen und sozialen Spannungen, außenpolitisch zum Wirtschaftsimperialismus, das heißt zur Kriegsdrohung und, damit diese wirksam ist, zur Aufrüstung. Rationelle und effektvolle Rüstung erfordert «nationale Disziplin». Ob diese in Amerika, und insbesondere in einem von sozialen Spannungen geladenen Amerika, im Gegen-

satz zu Europa freiwillig und ohne Zwang zu erreichen sein wird, erscheint mehr als fraglich. Wahrscheinlicher ist, daß sie durch ein autoritäres Regime, einen Faschismus amerikanischer Färbung, herbeigeführt werden wird. Als Ziel dieser anstrengenden Wanderung pflegt erfahrungsgemäß das reinigende Bad des Krieges zu winken. Dieser nächste Krieg wird für den größten Teil der Menschheit allerdings die Befreiung von jeglicher Art irdischer Bedrückung bedeuten. Das ist die eine Alternative.

Die andere Alternative ist die, daß die amerikanische Demokratie, gewitzigt durch das Schicksal ihrer europäischen Schwesterdemokratien, sich noch rechtzeitig die Wirtschaft untertan macht. Kräfte, die das anstreben, sind vorhanden und am Werk, wenn ihre Träger auch weniger aus sozialistischer Lehre und Tradition, als aus nüchterner Betrachtung der Ereignisse handeln. Diese Methode wird sie zum gleichen Ziel führen. Dem westeuropäischen Sozialismus aber erwächst hier eine historisch vielleicht entscheidende und bisher zu sehr vernachlässigte Aufgabe, in vermehrtem und engstem Kontakt mit Amerika den dortigen fortschrittlichen Kräften seine Erkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, damit sie dort, den amerikanischen Verhältnissen angepaßt, verwertet und verwendet werden können. Werden solche Kräfte die Oberhand gewinnen, werden sie sie rechtzeitig gewinnen, um eine Menschheitskatastrophe zu verhüten? Es ist dies eine Schicksalsfrage für die Welt. Sie kann nicht einfach nach dem Verlauf, den die Dinge in Europa gewonnen haben, beantwortet werden. Die Amerikaner sind ein junges Volk, in vielem vorurteilsloser und selbstsicherer als wir Europäer und deshalb ohne falsche Eitelkeit und Angst vor Prestigeverlust auch imstande, resolut kehrt zu machen und einen andern, bessern Weg zu suchen. Sie sind vor allem gute und kühle Rechner und noch reich und großzügig genug, als falsch erkannte Experimente aufzugeben, auch wenn sie bisher viel Geld verschlungen haben. Es liegt deshalb durchaus im Bereiche der Möglichkeit, sie davon zu überzeugen, daß der Kapitalismus ihnen nur kurzfristige Vorteile bringt, die aber früher oder später samt der Substanz verlorengehen, und es ist denkbar, daß sie daraufhin auf ihre Weise die Mittel und Wege suchen und finden, um die Wirtschaft der Gemeinschaft dienstbar zu machen. Ein Erfolg des Sozialismus in England, seine Leistungsfähigkeit und seine Leistungen werden für eine solche Entwicklung in den Vereinigten Staaten von eminenter Bedeutung sein. Setzen sich solche Tendenzen in den USA durch, so kann und wird dieses Land mit seinem ganzen politischen und wirtschaftlichen Gewicht es zustande bringen, daß auf der Erde planmäßig nach dem Bedarf der Völker produziert wird, daß jedes Land seine ihm gemäße Rolle in diesem Produktionsprozeß spielt, und daß die Menschen ohne

Furcht vor Krise, Not und Krieg arbeiten und leben können. Dann wollen wir die Amerikaner einladen, eine zweite, schönere Freiheitsstatue auf dem Hauptplatz der Welt zu errichten, und statt am Grabmal des unbekanntes Soldaten wollen wir fortan zu ihren Füßen die herrlichsten Blumen der Erde streuen.

*

Und wie stehen die Dinge im *Osten*? Jede Beurteilung der östlichen Verhältnisse, insbesondere derjenigen in der Sowjetunion, krankt am Mangel zuverlässiger und umfassender Kenntnisse. Daran tragen teils der «eiserne Vorhang», teils die tendenziöse Berichterstattung des Westens über den Osten die Schuld. Man sollte sich darüber klar sein, daß die meisten Meldungen der großen westlichen Nachrichtenagenturen, speziell der amerikanischen, nicht nur im Dienste des Nervenkrieges des Westens gegen den Osten stehen, sondern zudem gleichermaßen der Bekämpfung des Kommunismus wie des Sozialismus dienen, und daß uns deshalb — wie schon einmal in der Zwischenkriegsperiode — ein absichtlich verfälschtes Bild über Zustände und Ereignisse im Osten entworfen wird. Unbegreiflich erscheint, daß es den Russen nicht gelingt oder daß sie es gar nicht ernstlich versuchen, dieses faktische Nachrichtenmonopol der westlichen Agenturen zu durchbrechen und die notwendigen Berichtigungen anzubringen. Unbegreiflich erscheint es aber auch, daß selbst unsere fortschrittliche Presse dieser einseitigen und zweckbedingten Darstellung — durch «geeignete» Schlagzeilen und wie die technischen Hilfsmittel zur «Aufklärung» der öffentlichen Meinung alle heißen mögen — Vorschub leistet. Sie erweist damit, das sei am Rande bemerkt, weder der Erhaltung des Weltfriedens noch der sozialistischen Idee einen guten Dienst. Die Welt hat nun einmal von der These Kenntnis genommen, daß der Sozialismus in Rußland in Verwirklichung begriffen sei, und alles Mangelhafte und Schlechte, das der Sowjetunion angekreidet wird, fällt daher — in der Meinung des Westens — dem Sozialismus schlechthin zur Last.

Trotz dieser künstlichen Nebeldecke, die über dem Osten lagert, ist jedenfalls soviel erkennbar, daß in der Sowjetunion die Wirtschaft der Herrschaft und dem vorwiegenden Nutzen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes entzogen und in den Dienst der Gesamtheit gestellt worden ist. Auch scheint es, daß im einzelnen Betrieb und im Rahmen der diesem zugewiesenen Produktionsaufgabe allen im Unternehmen Tätigen ein freies und effektives Mitspracherecht an der Betriebsführung eingeräumt ist. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Bedürfnisse aber und der Entscheid über ihre Befriedigung, die Festsetzung des Produktionszieles und des Produktionsprogrammes für

das ganze Land also, liegt in den Händen eines Staates, der ein Diktatur- und Polizeistaat ist. Das besagt einmal, daß staatspolitisch die Volksherrschaft, die Demokratie und die persönlichen Freiheitsrechte überhaupt nicht existieren, und sodann, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch auf wirtschaftlichem Gebiet, seine wirtschaftliche Freiheit, auf die untere Stufe, die der Ausführung, beschränkt ist. Nun ist einzuräumen, daß die politische Machtausübung mit Hinblick auf die Errichtung der erstrebten fortschrittlichen Gesellschaftsordnung und die wirtschaftliche Planung und Lenkung zugunsten der Gesamtheit erfolgen und nicht zur Bevorzugung und Bereicherung einer Klasse auf Kosten einer andern. Und darin liegt der entscheidende Unterschied zur faschistischen Diktatur und zum Kapitalismus. Das ändert aber nichts daran, daß die politische Herrschaft des Volkes überhaupt nicht und diejenige über die Wirtschaft so lange nicht voll gewährleistet ist, als das Volk nicht auch über wirtschaftliche Planung und Lenkung frei, das heißt in freier Diskussion und ohne Furcht für die persönliche Sicherheit, bestimmen kann und somit schutz- und machtlos auch einer irrtümlichen Planung ausgeliefert bleibt. Für die Sowjetunion mag gelten, daß Staat und Wirtschaft *für* das Volk, nicht aber *durch* das Volk gelenkt werden. Das ist noch nicht die Verwirklichung des vom Sozialismus erstrebten Zustandes.

Mit diesen Feststellungen ist aber weder ein Urteil über die bisherigen Fortschritte der Freiheit in der Sowjetunion noch über ihre Fähigkeit zur Verwirklichung der ganzen Freiheit gefällt.

Daß das russische Volk weder die politischen Freiheiten noch den Lebensstandard der westlichen Völker erreicht hat, ist wahr. Ebenso wahr aber ist, daß dies kein geeigneter und zulässiger Maßstab für die Messung der erzielten Fortschritte ist. Maßgebend ist einzig das Wegstück, welches Rußland unter dem Sowjetregime zurückgelegt hat. Nach ihm beurteilen sich die Leistungen und Absichten seiner Machthaber, nach ihm richtet sich das Glücksgefühl und die Fortschrittshoffnung des russischen Volkes unter seinem jetzigen Regime. Als vor dreißig Jahren die Sowjets die Macht übernahmen, da befand sich das kurz zuvor noch zaristische Rußland politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell in einem Zustand, der nur mit dem Zustand Westeuropas lange vor der Französischen Revolution vergleichbar ist. Seither haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unbestreitbar gewaltig verbessert. Dem Volk, das vorher und in jeder Beziehung nur Objekt des Staates und seiner wirtschaftlichen Herren war, wurde ein Stück wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Freiheit anvertraut, seine materielle Situation, seine Bildung und Ausbildung wurden gehoben. Das ist die Er-

klärung dafür, daß der Sowjetbürger im Sowjetstaat einen Fortschritt erblickt, ihn liebt und verteidigt und darauf vertraut, daß das Regime, das ihm den Weg zu Freiheit und Wohlfahrt geöffnet hat, es ihm auch ermöglichen wird, diesen Weg bis ans Ende zu gehen. Ist eine derartige Zuversicht absolut unbegründet? Die Skepsis des Westens, und insbesondere westlicher Sozialdemokraten, erklärt sich aus der Ungewohntheit und historischen Erstmaligkeit der Situation. Bisher war der geschichtliche Ablauf immer so, daß das Volk zuerst die politische Freiheit eroberte und alsdann mit ihrer Hilfe versuchte, sich die wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen. Im Osten hingegen, und speziell in der Sowjetunion, haben sich die Dinge anders entwickelt. Am Anfang steht dort die wirtschaftliche Befreiung. Es ist aber weder undenkbar noch unmöglich, daß die Entwicklung einen umgekehrten Verlauf nimmt, indem auf Grund der wirtschaftlichen Freiheit und mit ihrer Hilfe auch die politische Freiheit errungen wird. Wenn es richtig ist, daß die Freiheit unteilbar ist und unwiderstehlich nach ihrer Vollendung strebt, so wird es, retrospektiv, völlig unerheblich sein, an welchem Ende mit ihrer Verwirklichung begonnen worden ist. Bei der engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik, bei der Abhängigkeit der einen von der andern, ist es geradezu naturnotwendig, daß die wirtschaftliche Freiheit die politische Befreiung nach sich ziehen muß und nach sich ziehen wird.

Daß die Baumeister des neuen Staates sich, anknüpfend an die polizeistatlichen Methoden des Zarismus, der Diktatur bedienten, ja bedienen mußten, war unter den gegebenen Verhältnissen naheliegend und — politisch gesehen — auch zweckmäßig. Ein der Freiheit völlig ungewohntes und jeder politischen Erfahrung und Verantwortung unkundiges Volk kann nicht dadurch zum rücksichtsvollen, das Gesamtwohl wahren Gebrauch der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes erzogen werden, daß man ihm die volle Freiheit über Nacht schenkt. Der Verzicht auf ein schrittweises Vorgehen würde mit absoluter Sicherheit zur Anarchie oder zu einer reaktionären Diktatur geführt haben. Es wird denn auch dem Sowjetregime nicht so sehr die anfängliche Anwendung der Diktatur, als deren Fortführung bis zum heutigen Tage zum Vorwurf gemacht. Diese «Verewigung» der Diktatur beweise, daß die heutigen Machthaber Freiheit und Sozialismus verraten hätten, daß es ihnen nur noch um die persönliche Macht an sich gehe, und daß der Terror das Mittel sei, diese Macht aufrechtzuerhalten. Diese Anklage dürfte aber nur derjenige unterschreiben, der mit Sachkenntnis und gutem Gewissen behaupten könnte, das russische Volk habe einen derartigen Grad politischer Reife erlangt, daß es heute schon möglich wäre, ihm — ohne Gefahr für den Fortschritt seiner Freiheit — sein Schicksal in die eigenen

Hände zu legen. Diese Sachkenntnis fehlt uns aber im Westen. Daß in einer solchen Anklage, wäre sie begründet, gleichzeitig ein gewaltiges Kompliment an die Adresse des russischen Volkes und des Sowjetregimes enthalten wäre, wird den Vertretern dieser Anklage weniger bewußt. Denn damit wäre bewiesen, daß es den Russen unter diesem Regime gelungen sei, in dem kurzen Zeitraum von nur dreißig Jahren vom Stadium des politischen Säuglings zu demjenigen des politisch reifen, verantwortungsbewußten Mannes heranzuwachsen, also eine Entwicklung durchzumachen, für welche andere Völker das Vielfache dieser Zeit benötigten.

Die Aufrechterhaltung des Polizeistaates wirft darüber hinaus aber die grundsätzliche und für die Zukunft der Freiheit in der Sowjetunion und in der Welt viel ernstere Frage auf, ob die Freiheit durch Gewalt überhaupt hergestellt werden könne. Ist es denn nicht so, daß die Gewalt an sich böse ist und nur Gewalt und Unterdrückung, niemals aber Freiheit gebären kann, ja gebären muß? Selbst wer Gewalt und Terror aus voller Seele haßt, kann — leider — diese Frage nicht rundweg bejahen. Denn Geschichte und Erfahrung erteilen uns eine andere Lehre. Gewalt und Terror sind, ethisch gesprochen, böse, erzeugen aber, politisch und sozial betrachtet, sehr oft Freiheit und Fortschritt. Gerade diejenigen, die im Namen der Freiheits- und Menschenrechte gegen den Terror in Rußland protestieren, übersehen, daß eben diese Freiheits- und Menschenrechte im Blutbad der niederländischen, der englischen, der amerikanischen und der französischen Revolution geboren worden sind. Wenn wir in der Schweiz dieses Jahr den hundertsten Geburtstag unseres Bundesstaates feiern, so werden wir uns daran erinnern, daß seiner Gründung der Sonderbundskrieg, der Bürgerkrieg, unmittelbar vorausgegangen ist und daß ohne ihn der Bundesstaat nicht hätte verwirklicht werden können. Das war Anwendung von Gewalt. War ihre Wirkung rückschrittlich und freiheitsvernichtend? Und niemand wird heute mehr leugnen wollen, daß weniger Blut geflossen und weniger Unglück und Vernichtung über die Welt gekommen wäre, wenn Nazi-Deutschland frühzeitig, als es noch nicht bis an die Zähne bewaffnet war, präventiv angegriffen und mit Gewalt niedergekämpft worden wäre². Man mag es bedauern, aber die

² Es sei gestattet, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß *Léon Blum* in einer Rede, die er am 24. Januar 1947 in Brüssel hielt, einen ähnlichen Gedanken äußerte, indem er sagte: «Unzählige Male habe ich mich beim Nachdenken in der Gefangenschaft gefragt . . ., ob die verantwortlichen Führer des internationalen Sozialismus in jenem Jahre 1933 nicht ihre Pflicht versäumt haben, ob wir nicht alleamt unsere Länder in den Präventivkrieg hätten hineintreiben oder doch zum mindesten zur Kriegsdrohung hätten greifen sollen . . ., um die Errichtung eines Regimes in Deutschland, aus welchem der allgemeine Krieg schicksalhaft hervorgehen mußte, zu untersagen.»

V. G.

Tatsache bleibt, daß Gewalt nicht immer und nicht notwendigerweise Böses erzeugt, und daß der Verzicht auf Gewalt unter Umständen mehr Unglück, Unterdrückung und Rückschritt heraufbeschwören kann als die Gewaltanwendung. Es kommt in solchen Fällen letzten Endes, geschichtlich gesehen, auf den ethischen Wert der Zielsetzung an. Es ist daher ein falsches, vielerorts heuchlerisches Argument, die Sowjetdiktatur *an sich* bedeute das Grab für Freiheit, Fortschritt und Sozialismus.

Das Schicksal der Freiheit in der Sowjetunion hängt darum davon ab, welchen *Gebrauch* die Inhaber der Gewalt von ihr machen werden und von ihr zu machen gezwungen werden. Darüber, ob sie ihre Macht für oder gegen die Freiheit gebrauchen bzw. mißbrauchen, wurde und wird viel geschrieben und geredet, aber wenig Vollständiges, Unvoreingenommenes und damit Objektives, das als Grundlage für eine gerechte und richtige Beurteilung dienen könnte. Es kann dies auch gar nicht anders sein, solange nicht die Möglichkeit besteht, sich an Ort und Stelle die notwendige Sachkenntnis in voller Freiheit anzueignen. Es ist daher ein geradezu unverzeihlicher Fehler der Russen, der sich ausschließlich zu ihren Lasten auswirkt, daß sie diese Möglichkeit nicht schaffen. Denn was liegt näher als der Schluß, es gelte etwas zu verbergen? Es gibt genügend unabhängige und qualifizierte Personen auf der Welt, die keine Spione sind und die sich der Aufgabe einer objektiven Untersuchung und Berichterstattung gerne und mit Erfolg unterziehen würden. Solange solche Angaben in genügender Zahl aber fehlen, ist es müßig, die Frage, zu welchem Zweck die Macht in der Sowjetunion gebraucht werde, zu diskutieren. Wohl aber kann die andere und letzten Endes entscheidende Frage erörtert werden, ob denn die Sowjetdiktatur überhaupt in der Lage sei — selbst wenn es ihre Absicht wäre —, auf die Dauer ihre Macht zu mißbrauchen, um den Fortschritt der Freiheit zu verhindern. Rußland hat den Hauch der Freiheit verspürt. Es wird sich bewußt werden, daß die ihm eingeräumte Freiheit nicht die ganze Freiheit ist. Dieser Prozeß kann verschleppt, nicht aber niedergeschlagen werden. Die Idee ist stärker als der selbstsüchtigste und stärkste Tyrann — im Westen und im Osten. Das Verlangen nach mehr und immer mehr Freiheit wird Wortführer und Kämpfer bis in den obersten Kreis der Machthaber finden. Und ist einer niedergeschlagen, so erheben sich neue, bis zum Sieg: durch Überzeugung, List oder Gewalt. Ist die Freiheit einmal auf dem Marsch, so kann sie niemand mehr aufhalten. Das ist im Westen nicht anders als im Osten, in der Demokratie nicht anders als in der Diktatur. Nicht die Ideenkämpfe sind verschieden, sondern nur die Form, in der sie ausgetragen werden. Nicht *ob* die ganze Freiheit in der Sowjetunion errungen wird, ist die Frage, sondern

wann. Und das hängt nicht zuletzt vom Westen ab. Die Sowjetunion fürchtet sich vor dem Westen, solange er kapitalistisch ist. Sie weiß, daß der Kapitalismus sie als seinen Erzfeind betrachtet und sich bedroht fühlt, solange sie besteht. Seit ihrem Bestehen fürchtet sie deshalb seinen Angriff, und sie wurde durch die Politik der Westmächte — von Wrangel bis München — in dieser Furcht bestärkt. Diese Angst zwingt die Sowjetunion zur Aufrüstung, und Aufrüstung erheischt «nationale Disziplin». Diese wiederum erfordert Zwang und führt zur Verlängerung der Diktatur. Auch in dieser Beziehung ist es im Osten grundsätzlich nicht anders als im Westen.

*

Die Sozialdemokratie hat nicht zu wählen zwischen West und Ost. Ihr Ziel ist bezeichnet: Die totale Freiheit überall. Daraus ergibt sich ihre Pflicht: Überall in der Welt, wo dieses Ziel noch nicht erreicht ist, die Kräfte zu unterstützen, die diese Freiheit erstreben, und diejenigen zu bekämpfen, die ihr im Wege stehen — wo immer sie zu treffen sind und wie immer sie sich nennen mögen. Im west-östlichen Konflikt der Gegenwart hat die westliche Sozialdemokratie ihre selbständige Aufgabe, die für Weltfrieden und Freiheit entscheidend sein kann. Der totalen Freiheit muß ihre Chance gegeben werden, das heißt, es muß ihr Zeit verschafft werden, sich zu vollenden. Ein kriegerischer Zusammenprall zwischen Osten und Westen aber wäre ihr Tod. Der Krieg muß also vermieden werden. Gelingt es der Sozialdemokratie, in Westeuropa maßgebenden Einfluß zu gewinnen, so hat sie die reale Macht und Möglichkeit, die westeuropäische Politik diesem Zwecke dienstbar zu machen, zusammen mit allen kriegsfeindlichen und gegen alle kriegstreibenden Kräfte der Welt. Unter der Führung Englands gewinnt dann Westeuropa die notwendige Zeit, bei sich selbst die ganze Freiheit zu verwirklichen. Dem Einfluß einer solchen Tatsache könnten sich weder Amerika noch die Sowjetunion entziehen. Unter der Gewalt dieser Tatsache würden überall die der Freiheit noch auferlegten Schranken zusammenbrechen, und die gegenseitige Angst voreinander, die zum Kriege führt, würde gegenstandslos und verschwinden.